

## Wahlen und Menschenrechte in Simbabwe: Wer wird wann wie gewählt werden?

*Das Land befindet sich bereits wieder in einer Art Vorwahl-Modus: Die Gewalt zieht an, ZANU-PF versucht zu mobilisieren und über neue Mittel und Wege ihr Patronagesystem aufrecht zu erhalten.*

### Wahltermine

Simbabwes Präsident Robert Mugabe hat, ohne dies mit seinem Premierminister abzusprechen, für März 2012 Neuwahlen angekündigt. Die Gerüchteküche kocht, die Spekulationen über seine Gründe und den tatsächlichen Wahltermin überschlagen sich. Dabei gibt es auch für Simbabwes Präsidenten Rahmenbedingungen, an die er sich halten muss – und wenn es nur die finanziellen sind. Sicher ist, dass Mugabe alles daran setzen wird, im Amt zu sterben. Eine Abwahl käme einem Scheitern gleich und würde außerdem seine Immunität aufheben und ihn vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen. Letzteres mag auch der Grund dafür sein, dass er keine Nachfolge benennt, obwohl sein Gesundheitszustand bedenklich zu sein scheint.

Sein Wahlvorschlag für März 2012 kann zweierlei bedeuten: Er könnte darauf hinweisen, dass Mugabe unter der alten Verfassung mehr Chancen für einen Wahlsieg der ZANU-PF sieht. Es könnte aber auch sein, dass er seine Amtszeit auf keinen Fall frühzeitig gefährden will und den Termin nur genannt hat, um sicher zu sein, dass sich alle dagegen aussprechen und dadurch erst im Turnus im März 2013 gewählt werden wird. Reine Taktik also.

Aber auch die SADC hat bei diesem Thema Wahltermin ein Wörtchen mitzureden. Erst im August gab es die Aussage, dass eine Wahl vor Mitte 2012 nicht denkbar wäre, dass eine neue Verfassung Grundvoraussetzung sei und dass die politische Gewalt eingestellt werden müsse. Besonders letzteres ist nicht der Fall – im Gegenteil.

### Parteien: ZANU-PF und MDC

Die Situation in der ZANU-PF droht derzeit zu eskalieren. Auch ohne dass Mugabe über eine Nachfolge redet, sind bereits viele Fraktionen und Namen im Spiel. Die Partei, die schon lange keine mehr ist, wird nur noch durch Macht und Geld zusammengehalten – wie lange das noch aufrechterhalten werden kann, ist fraglich. Daher gibt es einige Gruppierungen, die vorsichtig die Fühler zur MDC oder sogar zum Erzfeind USA ausstrecken, wie Dokumente von Wikileaks kürzlich gezeigt hatten.

Dass ZANU-PF auch im ländlichen Raum an Stimmen verlieren wird, ist in Simbabwe kein Geheimnis mehr. Aber auch die MDC wird von Simbabwern nicht als die heilbringende Partei angesehen, für die sie der Westen gerne hält.

„Ich habe Morgan (Tsvangirai) immer wieder gesagt, dass es eine Protestwahl gegen ZANU-PF sein wird und nicht eine Wahl für euch! Ihr dürft euch nicht darauf ausruhen“, konstatiert Timothy Kondo. Kondo arbeitet für ANSA (*Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa*) und kennt die politischen Zusammenhänge und Akteure in Simbabwe wie kein anderer.

Vor allem die Arbeit in der Koalitionsregierung, die Beteiligung an der Macht bei gleichzeitig schwacher Umsetzungsleistung, wirft kein gutes Bild auf die MDC. Den Ministern und Parlamentariern wird vorgeworfen, sich von der Macht blenden und kaufen zu lassen und die Ideale der Bewegung zu verraten. Die Gewerkschafterin Vimbai Zinyama bringt die Situation auf den Punkt: „Die MDC ist nicht gut darin, sich zu präsentieren.“ Besonders Morgan Tsvangirai fällt immer wieder dadurch auf, sich wenig diplomatisch zu verhalten oder seine Meinung nicht durchzuhalten. Auch wenn er vielleicht nicht das Format hat, das sich viele für den nächsten Präsidenten wünschen, so wird ihm zugute gehalten, dass er der einzige war, der in diesen schwierigen und gefährlichen Zeiten den Kopf als Oppositionspolitiker hingehalten und sich Mugabe entgegengestellt hat.

Was Simbabwe nach den Wahlen brauchen wird – vorausgesetzt sie werden einigermaßen den Willen des Volkes widerspiegeln – ist eine Phase der Konsolidierung, der Selbstfindung, ohne dass von außen Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Aber das ist utopisch, das wissen alle Beteiligten. Zumindest die Chancen zur Bildung neuer Parteien jenseits der jetzigen, eine Demokratisierung von unten, die Suche nach neuen Köpfen und Symbolen für ein anderes Simbabwe sind derzeit als gering einzuschätzen. Immerhin hat die Gewerkschaft in Simbabwe nicht den Fehler gemacht, sich von der Oppositionsbewegung, die aus ihr hervorgegangen ist, vereinnahmen zu lassen wie es ihre Schwester in Südafrika getan hat. Doch zuerst muss der Weg bis zu den Wahlen beschritten und die Menschen zur Stimmabgabe mobilisiert werden.

Etwa die Hälfte der Wähler werden junge Menschen sein, von ihnen sind aber derzeit nur 18% registriert, so Douglas Tigere vom *Student Christian Movement*. Nicht nur sie versuchen die jungen Leute dazu zu motivieren, sich registrieren zu lassen und sich für eine friedliche Wahl stark zu machen. Das Problem dabei sind oft die bürokratischen Hürden, die nur mit einem Mitgliedsausweis der ZANU-PF überwunden werden können.

Die Stimmung ist politisch aufgeheizt und man ist entweder für Partei A oder B. Einen neutralen Raum, in dem sach- und problembezogen diskutiert werden könnte, gibt es nicht. Auch von Kampagnen wie „Don't Kubeba“, die die Opposition in Sambia an die Macht brachten, scheint Simbabwe weit entfernt zu sein. Dort hatte die stärkste Oppositionspartei die Wähler aufgefordert, ruhig die Wahlgeschenke der Regierungspartei anzunehmen und letztendlich dennoch eine andere Partei zu wählen.

### **Ecumenical Peace Observation Mission**

Simbabwe braucht Deeskalationsstrategien, wie sie derzeit von den großen Kirchenverbänden diskutiert werden. Die *Heads of Christian Denominations*, zu denen die Katholische Bischofskonferenz, der Simbabweische Kirchenrat und die Vereinigung Evangelikaler Kirchen

gehören, wollen gemeinsam eine *Ecumenical Peace Observation Mission* ins Leben rufen. Mit internationaler Hilfe – sowohl monetär als auch personell – sollen bereits im Vorfeld der Wahlen die neuralgischen Punkte im Land, in denen es immer wieder zu politisch motivierter Gewalt kommt, beobachtet und von der Delegation besucht werden. Eine zentrale Stelle soll die Daten der Übergriffe sammeln und bekannt machen, und hochrangige Persönlichkeiten, besonders aus den Nachbarländern, sollen immer wieder Besuche organisieren, um einerseits den Opfern zur Seite zu stehen, vor allem aber um weiter Gewalt zu verhindern. Darüber hinaus werden immer wieder Friedensmärsche organisiert, um die friedliche Absicht der Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Wie wenig der Staat allerdings Interesse an diesen friedlichen Mitteln hat, zeigt sich besonders darin, dass diese Märsche wie zuletzt im November, keine Genehmigung erhalten und damit nicht legal stattfinden können.

Das Thema wird uns das nächste Jahr über begleiten.